

OFFENe HEIDe

Kontaktadressen und

Mitfahrbörse: Christel Spenn, Hugenottenstraße 3, 39124 Magdeburg, ☎ 03 91 / 2 58 98 65
Uwe Schubert, Kommunikationsweg 10, 39326 Niedere Börde, ☎ 03 92 02 / 5 05 52
Joachim Spaeth, ☎ 01 60 / 3 67 18 96

Spendenkonto: Uwe Schubert, Rolf Sonnet, Kto. 1143677400, BLZ 43060967, GLS Bank, Stichwort: OFFENe HEIDe
E-Mail: info@offeneheide.de Internet: <http://www.offeneheide.de>

Abs.: Christel Spenn, Hugenottenstraße 3, 39124 Magdeburg

Magdeburg, 20.08.2013

*Diejenigen, die verrückt genug
sind zu denken, sie könnten die
Welt verändern, tun es auch.*

Steve Jobs

Liebe Freundinnen und Freunde der Colbitz-Letzlinger Heide,

noch einmal ein herzliches Dankeschön für den liebevollen Empfang am Panzerdenkmal für uns Bewegte beim Geburtstags-Friedensweg. So konnten wir auch noch etwas vom Kaffee und Kuchen abbekommen. Mit dem 4. August (Beginn des Ersten Weltkriegs vor 99 Jahren) konnten die Bundeswehrangehörigen und die Leute von der Wache wenig anfangen. Über dieses Datum haben wir mit unseren „Fängern und Begleitern“ gesprochen. Hoffentlich fällt ihnen beim 1. September etwas mehr ein. Im nächsten Jahr gibt es binnen kurzer Zeit drei unrühmliche Jubiläen: 04. August 2014 100 Jahre Beginn des Ersten Weltkriegs, 01. September 2014 75 Jahre Beginn des Zweiten Weltkriegs und 11. August 2004 20 Jahre Überfall der Bundeswehr auf die Colbitz-Letzlinger Heide.

Der 1. September wird der **Weltfriedenstag** oder der Antikriegstag begangen. 1939 sind die auch in der Colbitz-Letzlinger Heide getesteten Waffen in Aktion getreten.

Wir beginnen den **01 September 2013 um 10 Uhr** mit einem **Seminar zum Versammlungsrecht in Colbitz** im Evangelischen Gemeindehaus neben der Pauluskirche. Dazu begrüßen wir **Holger Isabelle Jänicke** vom **Rechtshilfebüro** (www.rechtshilfebuero.de) Unser Gast hat Erfahrungen bei vielen gewaltfreien Aktionen. So wird es bestimmt eine spannende Veranstaltung. Das Versammlungsrecht wird oft als Dressuranstalt für kritische Leute missbraucht, das hat sich gerade während der Camps „War starts here“ gezeigt, als das Aufheben der Allgemeinverfügungen erst durch Gerichtsentscheid durchgesetzt werden musste.

Um **14 Uhr** beginnt unser **242. Friedensweg** in Colbitz vor dem **Wasserwerk**.

Nach der Kundgebung werden wir das Wasserwerk auf unserer etwas über **4 km** langen Wanderung am Langen Berg und Jägerstieg vorbei umrunden.

Das **Arbeitstreffen** beginnt am **Mittwoch, den 04. September 2013 um 19 Uhr** in **Magdeburg**, im einewelt haus in der Schellingstraße 2-3.

Den gesamten offenen Brief von Christen zur Bundestagswahl, aus dem wir auf der Rückseite einen Auszug bringen, gibt es im Internet unter:

http://www.friedensdekade.de/uploads/media/Offener_Brief_von_Christen_zur_Bundestagswahl.pdf

Euer

Helmut Adolf

Almuth Berger, Berlin, Volkmar Deile, Berlin, Heino Falcke, Erfurt, Jochen Garstecki, Magdeburg, Heiko Lietz, Güstrow, Ruth und Hans Misselwitz, Berlin, Konrad Raiser, Berlin, Gerhard Rein, Berlin, Hans-Jochen Tschiche, Satuelle

Gegen den Verlust des Politischen

Offener Brief von Christen zur Bundestagswahl

Wir wenden uns mit diesem Brief an alle, die von der Politik in unserem Land enttäuscht sind, wie von einer Lähmung befallen und fast kapitulieren vor der Frage, was sie wählen und ob sie überhaupt wählen sollen. Wir wollen aber nicht länger hinnehmen, dass eine Debatte über langfristige gesellschaftliche Ziele nicht nur nicht stattfindet, sondern auch offenbar nicht gewollt ist. Mit diesem Verlust des Politischen finden wir uns nicht ab.

Deutschland wird immer mehr zum Akteur einer militärgestützten Interessen- und Machtpolitik. Die Logik entgrenzter Kriegsführung tritt an die Stelle der vom Grundgesetz gebotenen Friedensverpflichtung. Statt die Tradition militärischer Zurückhaltung, einst Kern deutscher Friedenspolitik, zu nutzen, bedient die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik vor allem nationale Egoisten mit Hilfe militärischer Mittel.

Dass die Maxime „Vorrang für Zivil“ nahezu aus dem Vokabular der deutschen Politik verschwunden ist, gehört zu den Defiziten der letzten fünf Jahre. Es gibt kaum noch Initiativen, die ein vorrangiges Interesse deutscher Politik an Prävention erkennen lassen. Die Bundeswehr wird von der Politik zum Generalbevollmächtigten deutscher Friedensverantwortung hochstilisiert.

Diese Entwicklung lehnen wir entschieden ab.

Wie perspektivlos diese Politik ist, zeigt das Beispiel Afghanistan. Der Versuch, in Afghanistan mit militärischen Mitteln nachhaltigen Frieden zu schaffen, ist gescheitert. Dennoch wird die Bundeswehr zu einer weltweit aktiven Einsatzarmee umgebaut. Ihre strategische Aufgabe ist es, den nationalen Interessen Deutschlands Geltung zu verschaffen. Es gebe keine Region der Welt, „in der Deutschland nichts zu suchen habe“ (Verteidigungsminister de Maiziere, 2012).

Oberste politische Priorität hat nicht mehr die Friedensverpflichtung des Grundgesetzes, sondern die Sicherung des ungehinderten Zugangs zu Rohstoffen durch militärische Interventionsfähigkeit.

Deutschland ist mittlerweile der drittgrößte Waffen- und Rüstungsexporteur der Welt. Mit dieser expansiven Rüstungsexportpolitik betreibt die Bundesregierung Wirtschaftsförderung für die eigene Klientel. Unverblümt gibt die Kanzlerin die skandalösen Waffenexporte in Spannungsgebiete als Teil deutscher Friedenspolitik aus. Diese Vernebelung, die durch die völlig undurchsichtige Genehmigungspraxis des Bundessicherheitsrates gestützt wird, darf der Bundestag nicht länger hinnehmen. Deutsche Rüstungsexporte vergrößern das Gewaltpotential in regionalen Konflikten, erschweren die Chancen für friedliche Lösungen und erhöhen die Gefahr neuer Kriege. Friedenspolitik durch Waffenexporte betreiben zu wollen ist ein Armutszeugnis für die deutsche Politik. Mehr Waffen schaffen nicht mehr Sicherheit, nirgends.

Der Verteidigungsminister will bewaffnete Drohnen anschaffen. Er hält sie für „ethisch neutral“. Ihr Einsatz sei wie jeder andere, nur weniger gefährlich für „uns“. Wir halten es für einen Skandal, dass er mit dieser Auffassung auch noch vom bisherigen Evangelischen Militärbischof Martin Dutzmann unterstützt wird.

Die Beschaffung von Kampfdrohnen für die Bundeswehr verdeutlicht das fatale Zwangsgefälle, das von neuen technologischen Entwicklungen für die weltweite Rüstungsdynamik ausgeht.

Wir warnen vor diesen Entwicklungen. Vor allem möchten wir erreichen, dass die Gefahren, die sich aus dieser schleichenden, kaum diskutierten Militarisierung der deutschen Politik ergeben, öffentlich bewusst gemacht werden. Nur so kann es gelingen, diesen gefährlichen Entwicklungen zu widerstehen.